



Leseprobe aus Cano und Wenzler, (Re-)Organisation von Berechtigung und Formen der Solidarität, ISBN 978-3-7799-7477-2 © 2023 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel <http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7477-2>

Inhalt

Solidarität und die (Re-)Organisation von Berechtigung in den Strukturen des Jugendverbandssystems und der verbandlichen Selbstorganisation junger Menschen <i>Yasmine Chehata/Nils Wenzler</i>	7
Solidarität. Zur Unterscheidung von sozialer und politischer Solidarität <i>Nils Wenzler/Stefanie Bonus</i>	24
Prozesse der Legitimierung <i>Nils Wenzler/Marcela Cano/Stefanie Bonus</i>	37
Die Re-Organisation von Berechtigung und die Formierung exklusiver Solidarität in der Jugendverbandsarbeit <i>Yasmine Chehata</i>	47
Jugendverbandliches Engagement als Grenzbearbeitung der Demokratie <i>Marcela Cano</i>	66
Zwischen Brüchigkeit und (Re-)Stabilisierung gewesener Normalität: Alltag in den Landesjugendringen während der COVID-19-Pandemie <i>Luisa Klöckner</i>	79
Bündnisbildungen im queeren Aktivismus <i>Leonie Hüsson/Jessica Pawlitschko</i>	90
Postmigrantische Allianzen für eine plurale Demokratie <i>Younes Alla/Stefan Klemme</i>	105
Politik und das Politische <i>Luisa Klöckner</i>	123
Wessen Sicherheit eigentlich? Muslimische Jugendarbeit im Kontext des hegemonialen Sicherheitsdiskurses <i>Ouassima Laabich</i>	135
Digitale Solidarität <i>Asmae Harrach-Lasfaghi</i>	148
Solidarische Bildung, das Jugendverbandssystem und die verbandliche Selbstorganisation junger Menschen <i>Nils Wenzler</i>	161

Jugendverbandspolitische Reflexionen zu Praktiken der (Ent-)Solidarisierung <i>Birgit Jagusch/Andreas Thimmel</i>	184
Autor*innen	198

Solidarität und die (Re-)Organisation von Berechtigung in den Strukturen des Jugendverbandssystems und der verbandlichen Selbstorganisation junger Menschen

Eine Einleitung

Yasmine Chehata/Nils Wenzler

Die Beiträge dieses Sammelbandes sind allesamt im Zusammenhang mit dem dreijährigen Forschungsprojekt SOUNDS entstanden, wobei sie auf unterschiedliche Weise an dieses anschließen. Manche von ihnen rekurrieren auf Datenmaterial und die Fragestellung des Projektes, während andere im Anschluss an das Projekt entstandene Perspektiven, Erkenntnisse oder neue Gedankengänge fortführen und weiterentwickeln. Es handelt sich hierbei lediglich um eine Auswahl an Ergebnissen im Rahmen des Forschungsverbunds, welche stark durch den Analyseprozess geprägt sind. Systematisierende, überblicksartige Ergebnisdarstellungen sind darüber hinaus in Zukunft zu erwarten. Die Abkürzung SOUNDS steht für „Solidarisches Handeln in der Jugendverbandsarbeit und verbandlichen Selbstorganisation. Neue Formen von Solidarität“. Das Forschungsprojekt wurde von Mitgliedern des Forschungsschwerpunktes Nonformale Bildung sowie des Instituts für interkulturelle Bildung und Entwicklung der Technischen Hochschule Köln durchgeführt und über das Programm „Teilhabe und Gemeinwohl“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Die programmatische Frage nach Teilhabe und Gemeinwohl wurde im Hinblick auf die Konzepte von Zivilgesellschaft und Solidarität konkretisiert, mit dem Ziel das zivilgesellschaftliche Engagement junger Menschen in den Fokus des Projektes zu rücken: Wenn unter Teilhabe die „Partizipation von Individuen und Organisationen an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen als auch der Zugang zu Ressourcen“ (Bekanntmachung BMBF 2018) verstanden wird, dann stellt die verbandlich organisierte Jugendarbeit als jugendpolitische Interessens- und Selbstvertretung die zentrale zivilgesellschaftliche Institution für die politische Teilhabe und (Selbst-)Organisation junger Menschen dar. Zugleich verweisen die unterschiedlichen Formen der politischen Teilhabe und des zivilgesellschaftlichen Engagements der Jugendverbände auf eine Gemeinwohlorientierung in gesellschaftlicher Verantwortung, wobei hierin ebenfalls

ein programmatisches Ziel der Jugendarbeit gesehen wird (vgl. SGB VII, § 11 u. § 12). Das Jugendverbandssystem wird dem (Selbst-)Anspruch nach als ein demokratisches Vertretungssystem aller in Deutschland lebenden jungen Menschen betrachtet. Darüber hinaus steht das Jugendverbandssystem für einen staatlich regulierten Berechtigungsraum, welcher den Zugang zu Partizipation an Entscheidungs- und Willensbildungsprozessen sowie Teilhabe an staatlichen Ressourcen der Jugendarbeit und ihrer inhaltlichen Ausgestaltung organisiert. Damit ermöglichen das Feld der verbandlichen Selbstorganisation junger Menschen und die Strukturen des Jugendverbandssystems im Rahmen des Projektes SOUNDS nicht nur Teilhabe und Gemeinwohl in Solidarität und Zivilgesellschaft zu übersetzen, sondern dies unmittelbar auch als Teil einer demokratischen Ordnungsproduktion zu rahmen.

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse und einer zunehmenden Anerkennung der Heterogenität der Bevölkerung besteht ein Spannungsfeld, welches sich durch die drei unterschiedlichen Konzepte von Einwanderungs-, Migrations- und Postmigrationsgesellschaft kennzeichnen lässt. Es stellt sich die Frage danach, wie zivilgesellschaftliche Akteur*innen und zentrale politische Interessenvertretungen angesichts gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen in der verbandlich organisierten Jugendarbeit Solidarität auf der organisationalen und institutionellen Ebene denken, begründen und praktisch umsetzen.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass Teilhabe insbesondere dann thematisiert wird, wenn Ausschlüsse als problematisch angesehen werden, stellte sich die Frage, auf welche Weise im zivilgesellschaftlichen Feld der jugendverbandlichen Selbstorganisation und den Strukturen des Jugendverbandssystems Solidarität als ein Teil von Teilhabeproduktion und Teilhabeverwehrung zu beobachten ist. Im SOUNDS-Projekt war die Frage danach, wie sich Teilhabe und Ausschluss in zivilgesellschaftlichen Institutionen in solidarischen Praktiken konstituieren können, erkenntnisleitend:

- Auf welche Weise können Selbstorganisationen junger Menschen an den Strukturen des Jugendverbandssystems teilhaben, wie wird der Zugang reguliert?
- Wie wird Teilhabe und Ausschluss an jugendpolitischen Vertretungsstrukturen und Entscheidungsprozessen hergestellt und welche Bedeutung haben hierbei solidarische Praktiken?

Feldbeschreibung: Jugendverbände und die Strukturen des Jugendverbandssystems

Zur Kontextualisierung und Nachvollziehbarkeit der in diesem Band versammelten Beiträge einschließlich der Erkenntnisse und Perspektivierungen dient die Beschreibung des Forschungsfelds. In diesem Zuge wird zunächst eine Vorstellung der Jugendverbandsarbeit im engeren Sinne aufgerufen, während für das Erkenntnisinteresse des SOUNDS-Projektes ein weites Verständnis zugrunde gelegt wird, womit auch Selbstorganisationen mitgedacht werden, welche nicht Teil des Jugendverbandssystems sind und evtl. nicht *verbandlich* organisiert sind.

Formal gesehen ist die Jugendverbandsarbeit Teil des Handlungsfeldes der Kinder- und Jugendhilfe. In § 12 des SGB VIII wird die Bestimmung der Jugendverbandsarbeit als Teil der Jugendarbeit und damit als Teil der Jugendhilfe kodifiziert. Historisch betrachtet handelt es sich bei der Jugendverbandsarbeit um ein Feld, welches sich durch Kontinuitäten aber auch Brüche kennzeichnen lässt und in seiner aktuellen Erscheinungsform auf eine über 120-jährige Entwicklungsgeschichte zurückblicken kann (Böhnisch et al. 1991; Werner 2023; Botsch/Haverkamp 2014).

Zu den Charakteristika der verbandlichen Selbstorganisation der Jugendverbände gehören die *Organisationsprinzipien* der Freiwilligkeit, der Peer-to-Peer-Education, der (relativen) Unabhängigkeit von Erwachsenenorganisationen, der Ehrenamtlichkeit, der Partizipation und der Selbstvertretung. Anders als etwa in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die durch ihre explizit niedrigschwelligen Zugänge für Kinder und Jugendliche charakterisiert ist, ist das Mitwirken an Jugendverbänden grundsätzlich auf längerfristiges und verbindliches Engagement hin ausgerichtet und teils auch an Mitgliedschaften gebunden. Wenngleich ein wesentlicher Teil der Arbeit von Jugendverbänden nach wie vor auf ehrenamtlicher Basis vollzogen wird, verfügt der größte Teil der in den Jugendringen organisierten Jugendverbände auch über hauptamtliche Strukturen. Damit stellen Jugendverbände neben Familie, Peers und den Instanzen formalisierter Bildung einen wichtigen Ort der Sozialisation junger Menschen dar. So differenzieren Peucker et al. (2013, o. S.) folgende vier zentralen Leistungsbereiche bzw. *Themenfelder* der Jugendverbandsarbeit: „(1) Bildung, Erziehung und Sozialisation, (2) Interessenvertretung, (3) Freizeitgestaltung und Angebote sowie (4) Alltagsberatung und Alltagsunterstützung“.

Die Akteur*innen der Jugendverbandsarbeit gliedern sich horizontal in die unterschiedlichen verbandlichen Selbstorganisationen und vertikal in die verschiedenen *föderalen Ebenen*. Aufgrund der Autonomie der Jugendverbände und der unterschiedlichen historischen Entwicklungen finden sich sowohl Jugendverbände, die auf kommunaler, Landes- und Bundesebene agieren, als auch solche, die eher partikulare Interessen vertreten oder aus unterschiedlichen

Gründen nur in einzelnen Kommunen oder Bundesländern oder ausschließlich auf der Bundesebene organisiert sind. Während einzelne Jugendverbände wie die Pfadfinder*innen von Beginn an autonom als reine Organisationen von und für Jugendliche gegründet wurden, finden sich ebenfalls Verbände, die sich sukzessive von einem Erwachsenenverband emanzipiert haben und weiterhin Arbeitsbeziehungen zu diesem unterhalten, wie der Bund der Deutschen Landjugend (BDL). Neben ihrer Funktion als Ort von jugendpädagogischen Angeboten nehmen Jugendverbände auch die Funktion der jugendpolitischen Interessenvertretung wahr.

Die Jugendverbände stehen für die politische Selbstvertretung von und für junge Menschen (SGB VIII, § 12,2). In der Jugendpolitik geht es um die Gestaltung der Lebensverhältnisse und -bedingungen von Jugendlichen unter Berücksichtigung ihrer Anliegen. Diese werden auf den verschiedenen Ebenen (Bund, Land, Kommune) und in zuständigen Ministerien, Gremien und Ämtern verhandelt. Die Jugendverbände sind über die sogenannten Jugendringe in diese jugendpolitischen Entscheidungsstrukturen eingebunden. Die Jugendringe übernehmen die Außenvertretung auf den verschiedenen Ebenen, beispielsweise in den Jugendhilfeausschüssen oder Fachverbänden. Dort vertreten sie nicht nur die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Politik und Verwaltung, sondern gestalten auch die Rahmenbedingungen der Jugendarbeit mit. Die Jugendringe verstehen sich als politisches Sprachrohr von Kindern und Jugendlichen in Selbstvertretung, d. h. die jungen Menschen, die sich organisieren, übernehmen in der Regel auch das Vertretungsrecht als gewählte Mitglieder in den Jugendringen.

Damit lässt sich das Feld der verbandlichen Selbstorganisation junger Menschen im Hinblick auf zwei *Funktionsbereiche* differenzieren: Auf der einen Seite als jugendpädagogische Instanz, in der junge Menschen Zeit verbringen, sich austauschen und erproben und selbstorganisiert verschiedenste Aktivitäten planen und umsetzen. Auf der anderen Seite haben Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse als Jugendringe im Sinne einer Interessenvertretung junger Menschen ein politisches Mandat. Sie nehmen Stellung zu und für Themen, die für junge Menschen relevant sind, sind beteiligt an politischen Entscheidungsprozessen, stellen Forderungen und erarbeiten Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen. Diese Funktionen sind in den jeweiligen Jugendverbänden allerdings unterschiedlich gewichtet und stark abhängig von den finanziellen Ressourcen und personellen Strukturen der jeweiligen Selbstorganisation.

Der Blick auf das Feld der verbandlichen Jugendorganisationen verweist auf eine Gleichzeitigkeit von Heterogenität und Homogenität. Die Geschichte einiger heutiger Jugendorganisationen reicht bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zurück (vgl. Böhnisch et al. 1991). Es zeigt sich heute eine äußerst ausdifferenzierte Landschaft der verbandlichen Selbstorganisation junger Menschen, die von Pfadfinder*innen, helfenden Verbänden wie dem Jugendrotkreuz, über konfessionelle und weltanschauliche Verbände und freizeitorientierte Verei-

ne, Jugendverbände mit klimapolitischen Bezügen und kulturell orientierten Organisationen bis hin zu Jugendverbänden aus dem Spektrum der Arbeiter*innenbewegung und dezidiert politisch ausgerichteten Jugendverbänden reicht. So lässt sich davon sprechen, dass es eine ganze Reihe an etablierten und anerkannten verbandlichen Jugendorganisationen gibt. In dem Projekt SOUNDS werden Selbstorganisationen junger Menschen als etabliert und anerkannt bezeichnet, deren Positionen innerhalb der bestehenden Machtverhältnisse historisch und gesellschaftsstrukturell unhinterfragt privilegiert sind und innerhalb der bestehenden Normalitätsvorstellung ungeprüft als zugehörig angesehen werden. Demgegenüber ist es Teil der Entwicklungen des 21. Jahrhunderts, dass zunehmend neue Vereine, Verbände und Organisationen junger Menschen entstehen, welche die Erfahrung teilen als „natio-ethno-kulturelle Andere“ (Mecheril 2016, S. 11) migrantisiert, fremdpositioniert und minorisiert zu werden. Diese Neugründungen sind ein genuines Element einer postmigrantischen Gesellschaft und ein Indiz dafür, dass junge migrantisierte Menschen und/oder junge BIPOC, die sich zivilgesellschaftlich engagieren wollen, nicht von den etablierten und anerkannten Verbänden repräsentiert werden oder dort ihre Interessen nicht vertreten sehen. Diese Organisationen, die etwa unter den Termini Vereine und Verbände junger Migrant*innen (VJM), Migrant*innenjugendselbstorganisationen (MJSO), postmigrantische Jugendorganisationen oder neue deutsche Organisationen bekannt sind, sind zu einem vitalen Teil der Jugendverbandslandschaft geworden. Aber zugleich wird von Seiten der Bundesregierung auf ein zentrales Anerkennungsdefizit aufmerksam gemacht: Im 16 Jugendbericht plädiert sie dafür „[...]“, dass Organisationen von jungen Menschen mit Migrationsbiografien, People of Color und postmigrantische Akteure als Anbieter vielfältiger politischer Bildungsangebote im Sinne einer pluralen Gesellschaft stärker anerkannt und ausgebaut werden sollten.“ (vgl. Bundesregierung 2020, S. 12).

In Forschung und Praxis der Jugendverbandsarbeit wird seit rund 20 Jahren im Rahmen des Programms der *interkulturellen oder diversitätsbezogenen Öffnung* zu Formen der Teilhabe und Fragen des Ausschlusses postmigrantischer Selbstorganisationen gearbeitet (Chehata 2021; Jagusch 2015; Seng/Warrach 2019; Thimmel /Chehata 2015) und damit zumindest programmatisch die Notwendigkeit der Veränderung etablierter Strukturen der Interessensvertretung diskutiert. Im Anschluss hieran und ausgehend von der Fragestellung nach Solidarität, Teilhabe sowie Zugang und Ausschluss im Jugendverbandssystem verdichtete sich die Analyse innerhalb des Projektes SOUNDS insbesondere auf den Funktionsbereich der jugendpolitischen Interessenvertretungen und die Strukturen des Jugendverbandssystems.

Forschungsperspektive und Verfahren der Datenerhebung

Das ursprüngliche Forschungsdesign sah vor, mit ethnografischen Feldaufenthalten in das Projekt einzusteigen. Hieran anschließend und vertiefend sollte die Untersuchung durch Interviews und Archivierung von Dokumenten als Verfahren der Materialgewinnung fortzuführen werden. Aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie wurde im Jahr 2021 nach Monaten des Ausharrens die Entscheidung getroffen, den ethnografischen Zugang aufzugeben. Stattdessen wurden bereits in der Frühphase der Pandemie (2020) Interviews geführt und Dokumente als Datenmaterial erhoben.

Das Forschungsdesign dieser Untersuchung ist als Analytik angelegt. Dies verweist auf eine bestimmte *zirkuläre* und *geöffnete* Forschungspraxis. Hierbei werden Forschungsfragen verfolgt, welche zur Erhebung von Datenmaterial führen, welche ausgewertet und mit neugewonnenem Fokus neu ausgerichtet werden (vgl. Truschkat/Bormann 2020, S. 99). „Der Forschungsprozess gestaltet sich auf diese Weise als ein spiralförmiger Fortgang der qualitativen Vertiefung empirischer Ergebnisse und ihrer Verbindung mit theoretischen Annahmen.“ (Herschinger 2014, S. 631) Theorie und Empirie werden hierbei zueinander in Beziehung gesetzt, sodass „Empirie immer theoriegeladen und damit jede Beobachtung von einer Analytik abhängig [ist], die ihre Gegenstände formt [,] und andererseits kann die Theoriearbeit selbst als eine Praxis begriffen werden [...]“ (Wrana 2014, S. 619). Im Anschluss an die Position einer *theoretischen Empirie* werden bereits im Arbeitsprozess mit dem Material sensibilisierende Theorieperspektiven hinzugezogen.

Für das Forschungsinteresse des Projektes SOUNDS wurde die Perspektive der Diskurs-Praktiken-Forschung als methodologischer Zugriff gewählt (Langer 2008; Ott/Wrana 2010; Ott/Wrana 2012; Ott/Wrana/Rabenstein 2014; Naumann et al. 2017). Hierbei wird von einem relationalen Verhältnis von Diskursen und Praktiken ausgegangen, um damit Diskurstheorie und Praxeologie miteinander zu vermitteln. „Dabei scheint es unausgesprochener Konsens innerhalb dieser ‚Vermittlungsbemühungen‘ zu sein, dass die jeweiligen theoretischen Fundierungsansprüche von Diskurstheorie und Praxeologie nicht aufgegeben werden, sondern eine systematische Relationierung von Gegenstands begründung, dem Umgang mit dem Material sowie der erkenntnispolitischen Anliegen angestrebt wird.“ (Naumann et al 2017, S. 71)

Für die Analyse des Datenmaterials waren der Vorschlag der *Analyse diskursiver Praktiken* (vgl. Wrana 2012), das Konzept der *Diskurs/Praktiken Formation* (vgl. Reckwitz 2008) und der Vorschlag zur Analyse von *Rationalisierungspraktiken* (vgl. Kessler 2011) zentrale Orientierungspunkte.

Damit bewegt sich die Diskurs-Praktiken-Forschung zwischen den zwei Perspektiven, *Diskurse als Ordnung* zu verstehen und *Diskurse als Praxis* zu konzeptualisieren. „Gerade wenn Forschung gegenstandsbezogen ausgerichtet ist,

genügt oft weder die Rekonstruktion regelbasierter Diskursobjekte noch die Beschreibung des situativen Gebrauchs von Diskursivität, weil das am Gegenstand zu Zeigende sich erst in einer Relationierung erschließt.“ (Fegter et al. 2015, S. 14) Zugleich ist mit der Forschungsperspektive eine Dezentralisierung des Untersuchungsgegenstandes verbunden und setzt die Annahme voraus, dass es *die* Solidarität nicht gibt, wohl aber unterschiedliche Weisen der Begründung und Ausgestaltung solidarischer Praktiken. Das bedeutet, dass an die Stelle der Frage, was Solidarität ist, die Frage tritt, wie die Idee und Praxis der Solidarität selbst hervorgebracht und vollzogen wird. Der Auswertungs- bzw. Analyseprozess orientiert sich an *codierenden Verfahren* einer erziehungswissenschaftlichen Diskursanalyse (vgl. Truschkat/Bormann 2020, S. 126ff.) sowie der *Figurationsanalyse diskursiver Praktiken* (vgl. Scharl/Wrana 2014).

Als Verfahren der Datenerhebung wurden leitfadengestützte Interviews durchgeführt und Dokumente archiviert. Hierbei operierte das Projektteam mit einem weiten Verständnis der Jugendverbandsarbeit, welches neben den etablierten bzw. anerkannten Selbstorganisationen junger Menschen und den etablierten Strukturen der Jugendringe auch Formen (verbandlicher) Selbstorganisationen junger Menschen in den Blick genommen hat, welche noch nicht Teil des Jugendverbandssystems sind und solche die nicht Teil des Systems werden wollen. Unter anderem ermöglichte dieser Ansatz, sich den Strukturen des Jugendverbandssystems von seinen Grenzen ausgehend zu nähern. Hierbei wurde im Wesentlichen auf zwei Verfahren der Datenerhebung zurückgegriffen: zum einen wurden leitfadengestützte Interviews, zum anderen die Recherche und Archivierung von Dokumenten eingesetzt.

Es wurden insgesamt 76 leitfadengestützte Interviews geführt. Befragt wurden in unterschiedlichen Phasen des Forschungsprozesses 13 Vertretungen der Landesjugendringe, 29 Jugendverbände, die eine formale Anerkennung als Jugendverband vorweisen und als etabliert und anerkannt angesehen werden; dazu wurden 29 Interviews mit postmigrantischen Jugendverbänden, Initiativen und Beiräten, drei Interviews mit (Selbst-)organisationen mit queerfeministischen Schwerpunkten und zwei Interviews mit Selbstorganisationen geführt, welche sich als aktivistisch bezeichnen und sich bewusst gegen eine verbandliche Form der Selbstorganisation entschieden haben.

Neben den Interviews wurden eine Vielzahl an Dokumenten archiviert. Hierbei handelt es sich um öffentliche Stellungnahmen von Selbstorganisationen junger Menschen und Landesjugendringen, Social-Media-Inhalte, Präsentationen und Projektdokumentationen. Zudem wurden *Kleine Anfragen* auf der Ebene der Landespolitik ausgewertet. Darüber hinaus zählen Vereinssatzungen, die Satzungen der Landesjugendringe, Projektdokumentationen und -Berichte sowie über 700 Projektbeschreibungen aus dem Themenfeld der Interkulturelle Öffnung zum Materialkorpus. Als Reaktion auf die zu Projektbeginn aufkommende Corona-Pandemie und die *Black Life Matters Bewegungen* wurden zudem

öffentliche Stellungnahmen von Jugendverbänden und Landesjugendringen unter den Kategorien *veränderter Alltag* und *politische Artikulationen* recherchiert und analysiert.

Im Zuge der Analyse wurde unterschiedliches Datenmaterial zu Ereignissen gruppiert. Das Ereignis ist eine anspruchsvolle theoretische Figur (vgl. Zizek 2014; Badiou 2005): Ein Ereignis stellt einen Bruch, eine Diskontinuität oder eine Unterbrechung einer bestehenden gesellschaftlichen Ordnung dar, welche mit der Entstehung etwas vollkommen Neuem einhergeht und sich nicht aus dem Vorangehenden erklären lässt. Im Rahmen des Projektes SOUNDS wurde ein Vorkommnis als Ereignis verstanden, welches sich zunächst aus den bisherigen Beobachtungen nicht erklären ließ und es zudem aufgrund dieser Differenz zu den bisherigen Erfahrungen als relevant erschien. Hierbei wird auf einen schwachen Ereignis-Begriff zurückgegriffen. Ausgehend von einer Beobachtung oder Erfahrung wurde bestehendes Material systematisch um natürliches und erhobenes Material ergänzt. Dieses Materialbündel wurde dann zu der analytischen Kategorie *Ereignis*. Das Datenmaterial von Ereignissen kann bestehen aus Beobachtungsprotokollen, Dokumenten, Tabellen, Listen, Einladungen, Präsentationen, öffentlichen Verlautbarungen wie z.B. Stellungnahmen und Social-Media-Inhalten. Die Perspektive auf Ereignisse erlaubt es, einem beobachteten Vollzug von Praktiken den Status des Singulären zuzuordnen. Hierdurch wird die Diskontinuität betont und das Augenmerk auf genau die Elemente gelenkt, die sich nicht von *selbst verstehen*. In einem zweiten Schritt erlaubt das Ereignis, diesen konkreten Vollzug in seiner Situiertheit zu untersuchen und auf die Bedingungen der Möglichkeiten dieses Ereignisses zu schauen, also auf das Wissen und die Praktiken, ohne die dieses Ereignis nicht denkbar wäre.

Fallstudien zeichnen sich im Rahmen von SOUNDS dadurch aus, dass ihr analytischer Fokus von einer ausgewählten Selbstorganisation junger Menschen ausgehend Material zusammenführt, welches dann entsprechend der Fragestellung ausgewertet werden kann. Für die Fallstudien innerhalb des Projektes wurde auf Interviewmaterial, Sitzungsprotokolle, Tagesordnungen, Präsentationen von JSO, Vereinssatzungen, Social-Media-Inhalte und Beobachtungsprotokolle zurückgegriffen. Daran anschließend wurde das generierte Material gruppiert. Derartige Materialgruppierungen ermöglichten es, ähnlich wie bei einem Ereignis, den Vollzug diskursiver Praktiken zu beobachten.

Praktiken der Solidarität

Solidarität ist ein Terminus, der für viele Jugendverbände, insbesondere für diejenigen, die in der Tradition der Arbeiter*innenbewegung stehen, konstitutiv ist. So findet sich mit der Solijugend auch ein Jugendverband, der den Begriff Solidarität explizit im Verbandstitel führt. Auch andere Jugendverbände haben den Be-

griff der Solidarität in ihrer Satzung verankert. Zudem finden sich auf jugendpolitischer Ebene zahlreiche Stellungnahmen, in denen Jugendverbände oder deren Zusammenschlüsse auf Solidarität rekurrieren: sei es im Kontext von Rassismus, Klimagerechtigkeit oder sozialer und globaler Gerechtigkeit. In einer ersten explorativen Forschungsphase konnte daher zunächst nachgezeichnet werden, dass Solidarität in diesem Sinne als moralischer Code im Feld zu ergründen ist. Aus einer politlinguistischen Perspektive lässt sich Solidarität als ein positiv besetztes Schlagwort bezeichnen, welches für zentrale gesellschaftliche Werte einzustehen vermag. Der Begriff Solidarität wird semantisch im Kontext von sozialer Verantwortung und Gemeinwohl und als moralische und soziale Notwendigkeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt gebraucht.

Solidarität wurde im analytischen Zusammenhang allerdings vielmehr als ein Brückenkonzept verstanden, welches insbesondere den Blick auf gesellschaftliche Verhältnissetzungen erlaubt, die sich beispielsweise in Zugehörigkeits- und Teilhabeordnungen ausdrücken können. Es handelt sich insofern um eine Brückenkonzept, weil nun nicht mehr *die* Solidarität zu beobachten ist, sondern die Bedingungen solidarischer Praktiken und deren konkrete Ausgestaltung (siehe Wenzler / Bonus in diesem Band). „Uns scheint es [...] wichtig, Solidarität stärker, als bisher in den gesellschaftswissenschaftlichen und sozialtheoretischen Debatten üblich ist, als eine spezifische Form sozialer Praxis zu begreifen – als einen konkreten Handlungstyp, der in alltäglichen Auseinandersetzungen um die kollektive Gestaltung des Sozialen entsteht.“ (Lessenich et al. 2020, S. 324)

Heuristisches Potenzial hat hierbei die Betrachtung von Spannungsfeldern und Kontinuen, welche es möglich machen Ausprägungsweisen solidarischer Praxis analytisch zu erfassen (vgl. Schall 2022, S. 36ff.). Kennzeichnen lassen sich diese Spannungsfelder durch die Unterscheidung zwischen einer *sozialen* oder *politischen* Ausrichtung solidarischer Praxis, die Frage nach dem *Grad der Institutionalisierung*, die Unterscheidung nach *partikularen* oder *universalistischen* Logiken im Vollzug einer *ein- oder wechselseitigen* Ausgestaltung sowie den Blick auf *stabilisierende* oder *transformative* Elemente solidarischer Praxis (vgl. Lessenich et al. 2020, S. 321ff.). Hierdurch wird ebenfalls ersichtlich, dass von einer Vielzahl unterschiedlicher solidarischer Praktiken auszugehen ist. Die jeweiligen Praktiken können dabei im Widerstreit zueinander stehen. „Praktiken der Solidarität sind weder normativ noch politisch homogen: Es gibt sie grundsätzlich nur im Plural. Sie können sich wechselseitig überlagern und verstärken, ebenso aber auch irritieren und widersprechen. So gesehen sind solidarische Praktiken auch niemals harmonisch, sondern immer umkämpft – und nicht nur untereinander, sondern auch an sich, in ihrer inneren Logik, geprägt von Widersprüchen und Ambivalenzen“ (Lessenich et al. 2020, S. 325).

Für die Suche nach möglichen Einstiegspunkten in die Analyse, wurden *erstens* zur theorie-konzeptionellen Sensibilisierung verschiedene Perspektivierun-

gen auf Solidarität bestimmt und *zweitens* sogenannte ‚analytische Marker‘ erarbeitet.

Für die theorie-konzeptionelle Sensibilisierung wurden drei prototypische Ausgestaltungsweisen von Solidarität bestimmt, welche unter anderem die für die wissenschaftliche Solidaritätsdebatte als grundlegend angesehene Unterscheidung von sozialer und politischer Solidarität aufgreifen (Bayertz 1998; Scholz 2008; Heindl/Stüber 2019). Dabei handelt es sich erstens (1) um Formen gruppenbezogener Solidarität, welche im Hinblick auf eine Zugehörigkeitsordnung als *nach innen gerichtet* zu beschreiben sind. Es handelt sich um eine *Solidarität mit dem Eigenen*, welche durch die Solidarisierung *wegen und in Gleichheit* zu kennzeichnen ist (soziale Solidarität) (vgl. Lessenich 2019); zweitens (2) um gruppenübergreifende Formen von *Solidarität mit dem Fremden*, verstanden als Entsolidarisierung mit dem Eigenen, welche auf Grundlage von als problematisch angesehenen gesellschaftlichen Verhältnissen auf eine gesellschaftliche Transformation abzielen. Diese Form konstituiert sich als *Solidarität in und wegen Differenz* mit dem Anderen (politische und postkommunitäre Solidarität) (vgl. Mecheril 2014); drittens (3) um Formen gruppenübergreifender Solidarität, welche im Hinblick auf die Zugehörigkeitsordnung zunächst die Grenzen der eigenen Solidargemeinschaft überschreiten, um sich jedoch trotz interner Differenz *gegen etwas oder jemanden* zu richten und sich schließlich als *Solidarität mit dem Eigenen* zu konstituieren (exklusive Solidarität) (siehe Chehata in diesem Band). Diese Unterscheidungen von Solidarität ermöglichten als theoretische Sensibilisierung den Vollzug solidarischer Praktiken und die (Re-)Produktion, Bearbeitung und Überschreitungen sozialer und demokratisch verfasster Ordnungen in den Blick zu nehmen.

Im Forschungsprozess wurden zweitens *analytische Marker* erarbeitet, um solidarische Praktiken zu beobachten, ohne diese gleichsam im Vorfeld definitorisch zu bestimmen. Diese Marker basieren auf den theorie-konzeptionellen Überlegungen und wurden durch Expert*innengespräche induktiv erweitert und auf ihre Plausibilität geprüft. Diskurs-Praktiken-Marker sind Formen der Operationalisierung der Gegenstandsbestimmung im Hinblick auf die Aufmerksamkeitslenkung im Prozess der Materialgewinnung. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf die diskursiven Praktiken, deren Inblicknahmen erkenntnisgenerierend für Fragen nach solidarischen Praktiken sind. Damit stellen diese Marker auch ein erstes Forschungsergebnis dar. Für die Beobachtung solidarischer Praktiken ist der Blick auf folgende Momente zu lenken: Herstellung von Zugehörigkeit, Praktiken der Beteiligung und Verteilung von Ressourcen (Teilhabe) sowie die Produktion und Legitimation von Nicht-Teilhabe und Ausschluss (Legitimierung und De-Legitimierung). Solidarität wird hiernach als eine konkrete Form der Grenzbearbeitung bestimmt.

Die (Re-)Organisation von Berechtigung

Die Strukturen des Jugendverbandssystems und der zugehörige Funktionsbereich der jugendpolitischen Interessenvertretung können als ein Element der demokratischen Ordnungsproduktion verstanden werden. Damit wird die Frage relevant, wie sich dieses „Making Democracy“ (Rajal 2020) in der Praxis ausgestaltet.

Zu beobachten ist, wie Zugehörigkeits-, Verteilungs- und Teilhabeordnungen innerhalb der Strukturen des Jugendverbandssystems regelmäßig von Akteur*innen infrage gestellt werden und von daher innerhalb dieses demokratisch verfassten Vertretungssystems dauerhaft legitimiert werden müssen. Einerseits dienen zwar formaldemokratische Kriterien der Legitimation einer Regulierung von Teilhabe und Ausschluss, andererseits scheint die Reichweite formaler Kriterien der Regulierung dieser Ordnungen für eine solche Legitimierung begrenzt. Sie reichen nicht aus, um bestehende Ordnungen dauerhaft zu stabilisieren. Solidarische Praktiken können gerade dort beobachtet werden, wo es um die Bearbeitung der Grenze von Teilhabe und Nicht-Teilhabe geht. Somit erhalten Formen von Solidarität vor allem dort eine Bedeutung, wo es um die (Re-)Organisation von Teilhabe und Nicht-Teilhabe in Berechtigungsräumen geht. Dabei zeigt sich der zu legitimierende Ausschluss konstitutiv, um die eigene Teilhabe an Berechtigungsräumen zu legitimieren (siehe Chehata in diesem Band).

Es handelt sich bei den Strukturen des Jugendverbandssystems insofern um einen privilegierten Ort, als dass diese Strukturen staatlich gefördert werden und einen privilegierten Zugang zu Öffentlichkeit und Politik aufweisen. Diese Strukturen lassen sich daher als Berechtigungsräume bezeichnen, weil mit der legitimen Zugehörigkeit und dem Zugang zu diesen Räumen ebenfalls der Zugang zu Ressourcen, zur Repräsentation der eigenen Themen und Interessen sowie die Beteiligung an Jugendpolitik ermöglicht wird. Es ist daher zu hinterfragen, wie und auf welche Weise unterschiedliche Selbstorganisationen junger Menschen an diesen Strukturen teilhaben können und wie der Zugang reguliert wird.

Im Allgemeinen lässt sich mit dem Begriff der Teilhabe ein Schlüsselbegriff der gesellschaftlichen Selbstdeutung als Demokratie aufrufen. Im Zusammenhang der Untersuchungen im SOUNDS-Projekt verweist er auf das Verhältnis von Gruppen junger Menschen und deren Selbstorganisationen zu den vorfindbaren gesellschaftlichen Bedingungen und die Möglichkeit der gestalterischen Einflussnahme auf die Gesellschaft. Teilhabe beschreibt hierbei die Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten, sich an der Praxis zur Ausgestaltung der Strukturen des Jugendverbandssystems beteiligen und den eigenen Interessen bei der Umsetzung der selbstorganisierten Jugendarbeit folgen zu können (vgl. Bartelsheimer et al. 2020, S. 43). Bleiben bestimmten minorisierten und/oder marginalisierten Selbstorganisationen diese Zugänge, Möglichkeiten oder Chancen verwehrt, bedeutet Teilhabe gleichermaßen, exkludierende Mechanismen zu kritisieren

und Forderungen nach Teilhabe formulieren (vgl. ebd., S. 44). Bei derartigen Forderungen geht es darum aufzuzeigen, dass es annähernd gleicher Voraussetzungen bedarf, um die Berechtigungsräume des Jugendverbandssystems zu nutzen und damit die Ausübung der gleichen Rechte überhaupt zu gewährleisten. Die Eröffnung, Schließung und Regulierung solcher Zugänge in Arenen der demokratischen Ordnungsproduktion lassen sich als Organisation von Berechtigung bezeichnen. Es handelt sich insofern um Fragen der Berechtigung, als dass diese Zugänge eine legitime Teilhabe an demokratischen Prozessen erlauben. Von einer (Neu-)Organisation von Berechtigung lässt sich demnach sprechen, wenn die Praktiken der Regulierung, Grenzbearbeitung und Aushandlung in den Blick genommen werden, welche die legitime Zugehörigkeit und Teilhabemöglichkeiten an Berechtigungsräumen de- oder re-stabilisieren. Prozesse der (Re-)Organisation von Berechtigung verweisen dabei auf ein Verteilungsproblem von Teilhabemöglichkeiten, da mit der Konstituierung von Berechtigungsräumen zugleich Prozesse der Schließung einhergehen, welche schlussendlich eine Grenzziehung zwischen berechtigt und nicht-berechtigt vornehmen. Solche *sozialen Schließungen* verweisen auf (Wieder-)Herstellung sozialer Ungleichheitsverhältnisse, auf die Stabilisierung von Zugehörigkeitsordnungen, auf die Statussicherung privilegierter Positionen gegenüber einem sozialen Außen und damit auf Prozesse der Ausschließung. „Anders gesagt: Außenstehende stehen nicht ‚immer schon‘ außen, sondern sie werden zu konkreten historischen Zeitpunkten unter konkreten sozialen Bedingungen zu solchen *gemacht*.“ (Lessenich 2019, S. 33)

Die (Re-)Organisation von Berechtigung verweist also auf die Grenzbearbeitung legitimer Teilhabe und somit auf demokratische Grenzziehung zwischen Selbstorganisationen junger Menschen, die von den bestehenden Verteilungsordnungen profitieren und solche Organisationen, die hierdurch benachteiligt werden, weil sie als minorisierte und/oder marginalisierte Gruppe der Bevölkerung nicht als zugehörig mitgedacht werden. Die Möglichkeiten der Teilhabe sind folglich ungleich verteilt.

So ist die (Re-)Organisation von Berechtigung unmittelbar mit Ungleichheitsverhältnissen in sich als demokratisch beschreibenden Gesellschaften verwoben. Von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen lässt sich sprechen, wenn „[...] Menschen (immer verstanden als Zugehörige sozialer Kategorien) einen ungleichen Zugang zu sozialen Positionen haben und diese sozialen Positionen systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind“ (Solga / Powell / Berger 2009, S. 15). Soziale Ungleichheit lässt sich als eine der größten Herausforderungen für die Legitimität und Stabilität demokratischer Ordnungen bestimmen. Es zeigt sich, dass „[...] Formen der Ungleichheit, [...] sich vor allem in politische Ungleichheit der Bürgerinnen, besonders in faktisch ungleiche Partizipations- und Repräsentationschancen“ übersetzen (Kneip / Merkel 2020, S. 47). Somit wird die Legitimität demokratischer Ord-

nungen ebenso wie demokratischer Institutionen wie die Strukturen des Jugendverbandsystems kritisch betrachtet. Denn „[l]egitimitätsrelevante Probleme ergeben sich vor allem dann, wenn in einem politischen System politische Beteiligungs- und gesellschaftliche Teilhabechancen durch soziale Zugehörigkeiten vorbestimmt sind – oder Teile der Bevölkerung eine Schlechterstellung anderer Mitglieder der Gesellschaft einfordern und damit den liberaldemokratischen Konsens der Gleichheit und Freiheit für alle negieren.“ (Wintermantel 2020, S. 255) Solidarität verweist dann auf die Frage, wie innerhalb der Grenzen eines universalistisch orientierten Demokratiemodells bestimmte Gruppen der Bevölkerung, welche ihre Forderungen als nicht erfüllt ansehen und von den bestehenden Strukturen nicht repräsentiert werden, die Möglichkeiten zur Ausgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einfordern und erhalten können (Benhabib 2018, S. 148; Foroutan 2019, S. 29). Um nicht mehr und nicht weniger geht es bei der Frage nach der (Re-)Organisation von Berechtigung in den Strukturen des Jugendverbandsystems und der verbandlichen Selbstorganisation junger Menschen.

Zu den Beiträgen

Die Beiträge in diesem Band eröffnen durch unterschiedliche theoretische, empirische und anwendungsbezogene Perspektiven einen differenzierten Blick auf Formen der Solidarität und Prozesse der (Re-)Organisation von Berechtigung im Feld der politischen Interessenvertretung verbandlicher Selbstorganisation junger Menschen.

Nach dem Beitrag „Solidarität. Zur Unterscheidung von sozialer und politischer Solidarität. Eine theoretische Annäherung“ von *Nils Wenzler* und *Stefanie Bonus*, welcher der analytischen und konzeptionellen Auseinandersetzung um und mit Solidarität dient, folgen empirische Einblicke in die Frage der Begründungs- und Ausgestaltungsweisen solidarischer Praktiken. Die Ausführungen von *Marcela Cano*, *Nils Wenzler*, *Stefanie Bonus* und von *Yasmine Chehata* zeigen auf unterschiedliche Weise Prozesse und Bedeutung der Legitimierung und De-Legitimierung auf. Cano/Wenzler/Bonus geben mit ihren Fallstudien von Jugendselforganisationen mit und ohne Bezug auf einen muslimischen Glauben Einblick in die Prozesse der Legitimierung, denen Akteur*innen, die eine Teilhabe politischer Selbstvertretung anstreben, unterworfen sind. Yasmine Chehata zeigt in ihren Analysen auf, wie politische Arenen der Legitimation und De-Legitimation in Sitzungen diskursiv vollzogen werden und wie die Formierung exklusiver Solidarität für die (Re-)Organisation virulent wird.

Die Beiträge von *Marcela Cano* und *Luisa Klöckner* werfen ausgehend von der Covid-19-Pandemie und den folgenden Lockdowns unterschiedliche Schlaglichter auf die Frage der (Re-)Stabilisierung des Bestehenden. Der Artikel „Jugendverbandliches Engagement als Grenzbearbeitung der Demokratie“ von Marcela Ca-

no fragt ausgehend von der im Zuge der Corona-Pandemie verbreiteten Annahme, dass die Prozesse der Globalisierung zu einer Schwächung nationalstaatlich konstituierter Demokratien geführt haben könnten, inwieweit die hiermit verbundenen nationalstaatlichen Bezugspunkte Volk und Territorium als legitim anzusehen sind und auf welche Weise postmigrantische Selbstorganisationen junger Menschen Teil einer transformatorischen, demokratischen Grenzbearbeitung sein können und bereits sind. Der Aufsatz von Luisa Klöckner mit dem Titel „Zwischen Brüchigkeit und (Re-)Stabilisierung gewesener Normalität“ zeigt anhand der Interviews den pandemiebedingten veränderten Organisationsalltag in den Landesjugendringen auf und zeichnet Prozesse der De- und Re-Stabilisierung von Routinen und Ordnungen nach, die zugleich entgegen aller Brüchigkeit keine Neustrukturierung der Organisationen zur Folge hatten.

Die Beiträge „Bündnisbildungen im queeren Aktivismus“ von *Leonie Hüsson* und *Jessica Pawlitschko* sowie „Postmigrantische Allianzen für eine plurale Demokratie“ von *Younes Alla* und *Stefan Klemme* beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Bündnisbildungen, Allianzen und Solidarität. Auf der Grundlage von Interviews mit queerfeministischen Organisationen zeigen Hüsson und Pawlitschko, dass solidarische Praktiken der Bündnisbildung auf das Überleben als queere Community angewiesen sind und stellen die *politische Liebe* als zentrale Kategorie queerer Koalitionen zum Zwecke subversiver Transformationsprozesse vor. Aus der Perspektive postmigrantischer Selbstorganisationen verdeutlichen Alla und Klemme zudem, wie in (Re-)Artikulationen von Rassismuskritik der Zusammenschluss postmigrantischer junger Menschen als eine Allianz gegen unterdrückende Strukturen und Praktiken verstanden wird.

Luisa Klöckner und *Oussima Laabich* ermöglichen mit ihren Ausführungen einen Blick auf das Feld der Jugendverbände und politischen Interessenvertretung. Der Beitrag „Politik und das Politische“ von Luisa Klöckner umreißt mit einem theoretisch-analytischen Zugang Perspektiven radikaler Demokratietheorien und des Postfundamentalismus, sodass eine analytische Perspektive auf die Jugendverbandsarbeit eröffnet und herausgestellt wird, wie diese zur Analyse von sich als demokratisch verstehenden Organisationen wie dem Jugendverbandssystem nutzbar gemacht werden können. Oussima Laabich zeigt in ihrem Artikel „Wessen Sicherheit eigentlich? Muslimische Jugendarbeit im Kontext des hegemonialen Sicherheitsdiskurses“, wie Praxen muslimischer Jugendarbeit vor dem Hintergrund der Anrufungen und Adressierungen muslimischer Jugendlicher als potenziell radikal, gefährlich, kriminell und demokratiefeindlich ausgelotet und verhandelt werden. Dabei tritt die *Kontaktschuldhypothese* als zentrales Moment der Legitimierung von Ausschluss in den Fokus.

In ihrem Beitrag „Digitale Solidarität“ geht es *Asmae Harrach-Lasfaghi* darum den Einfluss und die Möglichkeiten digitaler Transformationsprozesse für soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft zu beleuchten und hierbei den Einfluss

von Technologie auf die sozialen Aktivitäten und Ausgestaltungsweisen digitaler Solidarität zu diskutieren.

Die jeweiligen Ausführungen von *Nils Wenzler* sowie von *Birgit Jagusch* und *Andreas Thimmel* streben auf unterschiedliche Weise danach, Schlüsse aus den vorliegenden Erkenntnissen zu ziehen. Während Nils Wenzler theoretisch-konzeptionelle Perspektiven auf solidarische Bildung als Thema der politischen Bildung sowie Vorschläge zur Neustrukturierung von Verfahrensweisen und Förderpolitiken entwirft, führen Birgit Jagusch und Andreas Thimmel, vor dem Hintergrund ihrer jahrelangen Forschungserfahrung im Feld der verbandlichen Jugendarbeit, einem Dialog zu „Jugendverbandspolitische Reflexionen zu Praktiken der (Ent-)Solidarisierung“ und schließen damit die gesammelten Ausführungen dieses Bandes ab.

Literatur

- Ahrlrichs, Rolf (2019): Demokratiebildung im Jugendverband: Grundlagen – empirische Befunde – Entwicklungsperspektiven. Weinheim und Basel: Beltz-Juventa.
- Badiou, Alain (2005): Das Sein und das Ereignis. Berlin: Diaphanes.
- Bartelheimer, Peter/Behrisch, Birgit/Daßler, Henning/Dobslaw, Gudrun/Henke, Jutta/Schäfers, Markus (2020): Teilhabe – Eine Begriffsbestimmung. Beiträge zur Teilhabeforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Bayertz, Kurt (Hrsg.) (1998): Solidarität. Begriff und Problem. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Benecke, Jakob (2020): Außerschulische Jugendorganisationen. Eine sozialisationstheoretische und bildungshistorische Analyse. Weinheim und Basel: Beltz-Juventa.
- Benhabib, Seyla (2018): The Claims of Culture. Princeton: Princeton University Press.
- Böhnisch, Lothar/Gängler, Hans/Rauschenbach, Thomas (1991) (Hrsg.): Handbuch Jugendverbände. Weinheim/München: Juventa.
- Botsch, Gideon/Haverkamp, Josef (2014) (Hrsg.): Jugendbewegung, Antisemitismus und rechtsradikale Politik. Berlin: De Gruyter Oldenburg.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2018): Richtlinie zur Förderung von Zuwendungen für Forschungsvorhaben zum Thema „Teilhabe und Gemeinwohl“. In: Bundesanzeiger vom 23.08.2018.
- Bundesregierung (2020): Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter und Stellungnahme der Bundesregierung. Bundesdrucksache 19/24200 vom 11.11.2020.
- Chehata, Yasmine (2021): Postmigrantische Jugendarbeit. Vom Abschied von der Interkulturellen Öffnung zur Re-Demokratisierung der verbandlich organisierten Jugendarbeit. In: Dubiski, Judith/Hermens, Claudia/Schäfer, Stefan/Thimmel, Andreas (Hrsg.): Praxisforschung in der non-formalen Bildung. Zum Zusammenhang von Bildung, Politik und Forschung. Frankfurt am Main: Wochenschau, S. 133–156.
- Fegter, Susann/Kessler, Fabian/Langer, Antje/Ott, Marion/Rothe, Daniela/Wrana, Daniel (Hrsg.) (2015): Erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Empirische Analysen zu Bildungs- und Erziehungsverhältnissen. Wiesbaden: Springer VS.
- Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.

- Herschinger, Eva (2014): Zum Verlauf des Forschungsprozesses – linear oder zirkulär? In: Angermüller et al. (Hrsg.): *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Bielefeld: transcript.
- Jagusch, Birgit (2015): „Wir wollen nur respektiert werden ganz ehrlich“ – Anerkennung als Maxime der Interkulturellen Öffnung. In: Thimmel, Andreas/Chehata, Yasmine (Hrsg.): *Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft*. Schwalbach/Ts: Wochenschau.
- Kessler, Fabian (2011). Die Analyse von Rationalisierungspraktiken als Perspektive sozialpädagogischer Forschung. In: Dollinger, Bernd/Schabdach, Michael (Hrsg.): *Zugänge zur Geschichte der Sozialpädagogik und Sozialarbeit*. Siegen: Universitätsverlag, S. 31–44.
- Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang (2020): Demokratische Legitimität: Ein theoretisches Konzept in empirisch-analytischer Absicht. In: Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang/Bernhard Wefßels (Hrsg.): *Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, S. 25–55.
- Langer, Antje (2008): *Disziplinieren und entspannen. Körper in der Schule – eine diskursanalytische Ethnographie*. Bielefeld: transcript.
- Lessenich, Stephan (2019): *Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem*. Stuttgart: Reclam.
- Lessenich, Stephan (2020) *Solidarität in Zeiten der Krise. Ein Interview mit Prof. Dr. Stephan Lessenich*. www.fes.de/akademie-management-und-politik/veroeffentlichungen/mup-interviews/solidaritaet-in-zeiten-der-krise (Abfrage: 19.01.2023).
- Lessenich, Stephan/Reder, Michael/Süß, Dietmar (2020): Zwischen sozialem Zusammenhalt und politischer Praxis: Die vielen Gesichter der Solidarität. In: *WSI-Mitteilungen* 73, H. 5, S. 319–326.
- Oechler, Melanie/Schmidt, Holger (Hrsg.) (2014): *Empirie der Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Forschungsergebnisse und ihre Relevanz für die Entwicklung von Theorie, Praxis und Forschungsmethodik*. Wiesbaden: Springer VS.
- Peucker, Christian/Gadow, Tina/Pluto, Liane/Seckinger, Mike (2013): *Jugendverbände – Rahmenbedingungen, Leistungen und Herausforderungen*. In: RdJB, *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 61, H. 1, S. 45–60.
- Rajal, Elke/trafo. K/Marchart, Oliver/Landkammer, Nora/Maier, Carina (2020) (Hrsg.): *Making Democracy – Aushandlungen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Alltag*. Bielefeld: transcript.
- Reckwitz, Andreas (2008): *Praktiken und Diskurse. Eine sozialtheoretische und methodologische Relation*. In: Kalthoff, Herbert/Hirschauer, Stefan/Lindemann, Gesa (Hrsg.): *Theoretische Empirie: zur Relevanz qualitativer Forschung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Scholz, Sally (2008): *Political Solidarity*. Pennsylvania: Penn State University Press.
- Seng, Sebastian/Warrach, Nora (2019) (Hrsg.): *Rassismuskritische Öffnung. Herausforderungen und Chancen für die rassismuskritische Öffnung der Jugend(verbands)arbeit und Organisationsentwicklung in der Migrationsgesellschaft*. Düsseldorf: IDA e.V.
- Solga, Heike/Powell, Justin/Berger, Peter A. (Hrsg.) (2009): *Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Mecheril, Paul (2014): *Postkommunitäre Solidarität als Motiv kritischer (Migrations-)Forschung*. In: Broden, Anne/Mecheril, Paul (Hrsg.): *Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage*. Bielefeld: transcript. S. 73–92.
- Mecheril, Paul (Hrsg.) (2016): *Handbuch Migrationspädagogik*. Weinheim und Basel: Beltz.
- Naumann, Marek/Wenzler, Nils/Chehata, Yasmine/Seelmeyer, Udo (2017): *Das Gesellschaftliche Aporie – Plädoyer für eine poststrukturalistisch informierte Diskurs-Praktiken-Forschung im Kontext der Transformation Sozialer Arbeit*. In: *Soziale Passagen. Journal für Empirie und Theorie Sozialer Arbeit* 9. Wiesbaden: Springer.
- Ott, Marion/Wrana, Daniel (2010): *Gouvernementalität diskursiver Praktiken. Zur Methodologie der Analyse von Machtverhältnissen am Beispiel einer Maßnahme zur Aktivierung von Erwerbslosen*. In: Angermüller, Johannes/van Dyk, Silke (Hrsg.): *Diskursanalyse meets Gouvernemen-*

- talitätsforschung. Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen. Frankfurt am Main: Campus, S. 155–181
- Ott, Marion/Langer, Antje/Rabenstein, Kerstin (2012): Integrative Forschungsstrategien – Ethnographie und Diskursanalyse verbinden. In: B. Frieberthäuser, H. Kelle, H. Boller, S. Bollig, C. Huf & A. Langer (Hrsg.), *Feld und Theorie. Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie*. Opladen: Budrich, S. 169–184.
- Ott, Marion/Langer, Antje/Macgilchrist, Felicitas (2014). Stichwort: Diskursanalyse, ethnographische. In: In: Wrana, Daniel/Ziem, Alexander/Reisigl, Martin/Nonhoff, Martin/Angermüller, Johannes (Hrsg.), *DiskursNetz. Wörterbuch der interdisziplinären Diskursforschung*. Berlin: Suhrkamp, S. 89–90.
- Schall, Nikolas (2022): *Solidarität als Praxis. Die Verhandlung von Diversität im Weltsozialforum*. Bielefeld: transcript.
- Scharl, Katharina Helena/Wrana, Daniel (2014): Wahrheitspolitik(en) zu „Bologna“ in einer Podiumsdiskussion. Eine praxeologisch-poststrukturalistische Figurationsanalyse. In J. Angermüller, E. Herschinger & F. Macgilchrist (Hrsg.), *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. 2 Bd (S. 350–378). Bielefeld: transcript.
- Thimmel, Andreas/Chehata, Yasmine (Hrsg.) (2015): *Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft. Praxisforschung zur interkulturellen Öffnung in kritisch-reflexiver Perspektive*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.
- Truschkat, Inga/Bormann, Inka (2020): *Einführung in die erziehungswissenschaftliche Diskursforschung. Forschungshaltung, zentrale Konzepte, Beispiele für die Durchführung*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Werner, Melanie (2023): *Klassische Theorien Sozialer Arbeit und soziale Bewegungen. Eine soziologische Verhältnisbestimmung anhand der Begriffsverwendung von „Volk“ und „Nation“*. Leverkusen-Opladen: Barbara Budrich.
- Wintermantel, Vanessa (2020): Der Wert der Vielfalt: Gesellschaftliche Pluralität, Meinungsvielfalt und demokratische Legitimität. In: Kneip, Sascha/Merkel, Wolfgang/Bernhard Weißels (Hrsg.): *Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, S. 255–286.
- Wrana, Daniel (2012): Diesseits von Diskursen und Praktiken. Methodologische Bemerkungen zu einem Verhältnis. In: Frieberthäuser, Barbara et al. (Hrsg.): *Feld und Theorie. Herausforderungen erziehungswissenschaftlicher Ethnographie*. Opladen: Barbara Budrich.
- Wrana, Daniel (2014): Zur Relationierung von Theorien, Methoden und Gegenständen. In: Angermüller et al. (Hrsg.): *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Bielefeld: transcript.
- Zizek, Slavoj (2014): *Was ist ein Ereignis?* Frankfurt a. M.: Fischer Wissenschaft.

Solidarität. Zur Unterscheidung von sozialer und politischer Solidarität

Eine theoretische Annäherung

Nils Wenzler/Stefanie Bonus

Hinführung

Das Sprechen über solidarisches Handeln findet im Feld der verbandlichen Selbstorganisationen und dem Jugendverbandsystems eine weite Verbreitung, dies zeigte sich bereits bei einer ersten inhaltsanalytischen Auswertung des Datenmaterials im Sounds-Projekt.¹

Das Jugendverbandssystem ist als formal demokratische Vertretungsstruktur in sogenannten Jugendringen auf lokaler Ebene sowie auf Landes- und Bundesebene organisiert. Es handelt sich hierbei um einen staatlich anerkannten, regulierten und geförderten Zusammenschluss von Jugendverbänden. Ausgestaltet wird diese Vertretungsstruktur durch die Jugendverbände und Selbstorganisationen junger Menschen; letztere sind stimmberechtigte Mitglieder in den Jugendringen. Diese Struktur erhebt den (Selbst-)Anspruch, ein institutionalisiertes demokratisches Vertretungssystem aller in Deutschland lebenden jungen Menschen zu sein. Solidarität wird in dem System der Jugendringe als konstitutives Merkmal verstanden. Die Jugendringe zeichnen sich auf den unterschiedlichen Ebenen der föderalen Ordnung dadurch aus, dass sich Jugendverbände trotz unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtungen und unterschiedlicher Werteorientierungen zusammenschließen. Dies wird als eine grundlegende Ausgestaltung von Solidarität engagierter junger Menschen und ihren Organisationen beschrieben. Außerdem wird das jeweilige Engagement in den Jugendorganisationen als ein solidarischer Beitrag zum Gemeinwohl, für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und als demokratisierende Praxis verstanden. Innerhalb der beteiligten Jugendorganisationen wird die Gruppe der Mitglieder häufig als Solidargemeinschaft beschrieben. Darüber hinaus wird solidarisches Handeln im Kontext der verbandlichen Selbstorganisation junger Menschen vielfältig dargelegt und ausgestaltet, häufig aber als Selbstverständlichkeit bezeichnet. Auch das durch Jugendorganisationen in Stellungnahmen oder Positionspapieren ausgesprochene

1 Dieser hinführende Abschnitt rekurriert auf die Auswertung von 76 Interviews aus dem Bereich der verbandlichen Selbstorganisation junger Menschen und Landesjugendringen, welche im Rahmen des Sounds-Projektes erhoben und ausgewertet wurden.

Bekenntnis zur Solidarität im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen gehört zu der Praxis verbandlicher Selbstorganisationen junger Menschen.

Dieser Beitrag schlägt einen theoretischen Sockel für die analytische und konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Thema und der Praxis von Solidarität vor. Im Anschluss an die Erfahrungen des dem Sounds-Projekts, erscheint hierbei insbesondere die Unterscheidung von sozialer und politischer Solidarität relevant. Die Unterscheidung dieser beiden konzeptionellen Perspektiven auf Solidarität bietet sich zur Analyse spezifischer Praktiken an, um als Reflexions- und Deutungsressource, sowohl empirische als auch konzeptionelle Fragen zum Thema Solidarität zu diskutieren. Daher soll neben einem Blick auf die Verwendung des Begriffs Solidarität in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern, auch ein Begriffsverständnis vorgestellt werden, welches Solidarität als eine gesellschaftliche Praxis bestimmt. Schließlich wird dann die zentrale Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Solidarität vorgestellt werden und im Hinblick auf Demokratie, Teilhabe, gesellschaftliche Transformation und das Politische dargestellt.

1. Solidarität

Der Begriff der Solidarität und die damit einhergehenden Konzeptionen einer zwischen Gesellschaftsmitgliedern stattfindenden Praxis wird semantisch im Kontext von sozialer Verantwortung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und Gemeinwohl als moralische (soziale) Notwendigkeit gebraucht. Solidarität stellt ein Hochwertwort dar. Auch wenn dessen Bedeutung variabel und bisweilen umkämpft ist, verweist Solidarität auf eine begrifflich-konzeptionelle Perspektive, die neben Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit, Gesundheit und Frieden über die Grenzen unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen hinweg einen positiv konnotierten Referenzpunkt von langer Lebensdauer ermöglicht. Zugleich legt die Vielzahl an Bestimmungsversuchen und historischen Kontextualisierungen zu dem Begriff der Solidarität die Unbestimmtheit und „Uneindeutigkeit“ (Karakayali 2013, S. 21) offen und weist darauf hin, dass die Abgrenzung zu den benachbarten Konzepten, wie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, dem sozialen Engagement, der wechselseitigen Hilfe und der Kooperation, häufig unscharf sind (vgl. Tranow 2012). Die aktuellen Bezugnahmen auf das Konzept der Solidarität, beispielsweise in wissenschaftlichen oder fachpolitischen Publikationen, lassen sich immer auch als Rekurse auf die unterschiedlichen historischen diskursiven Felder rund um die Soziologie, die Prozesse der gesellschaftlichen Demokratisierung, den Wohlfahrtsstaat und die sogenannte Arbeiterbewegung verstehen (vgl. Altreiter et al. 2019; Große Kracht 2021).